



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/107

Hannover, 5. September 1949

Zum Zusammentritt des Bundestages

Rumpf - Parlament -----

Beim Zusammentritt des ersten deutschen Parlamentes, das über Ländergrenzen hinweg demokratisch legitimiert ist, wird es an feierlichen und vielleicht auch pathetischen Begrüßungsworten nicht fehlen. Sicher ist dieser geschichtliche Augenblick wert, mit würdigen Ernst begangen zu werden, denn er stellt einen grossen Schritt vorwärts aus dem staatsrechtlichen Chaos der ersten fünf Nachkriegsjahre dar.

Aber wenn irgendwann in der Geschichte der Begriff Rumpf-Parlament am Platze war, dann hier. Gewiss - die Abgeordneten wurden in Flensburg und in Passau, am Bodensee und in der Lüneburger Heide gewählt. Aber es fehlen Vertreter aus Mecklenburg und Thüringen, von der Saar oder irgend einem Teil Ostdeutschlands, und Berlin ist mehr symbolisch als faktisch vertreten. Unbefragt blieben, rund gerechnet, ein Drittel der Bewohner des Gebietes, das auch heute noch, trotz allem, Deutschland ist, oder, in einer Ziffer ausgedrückt, die Wahlberechtigten unter rund 19 Millionen Deutschen. Dabei kommt es in diesem Zusammenhang weniger darauf an, zu wissen, wie diese Wähler sich parteipolitisch entschieden hätten. Es soll nur gerade an diesem 7. September 1949 noch einmal ausdrücklich auf den im gesamtdeutschen Sinne sehr begrenzten Wirkungsbereich dieses Parlamentes und darauf hingewiesen werden, dass es notwendig sein wird, keine Entscheidungen zu treffen, die diesen Umstand unberücksichtigt lassen.

Natürlich kann das nicht heissen, dass etwa jedes der zu beschliessenden Gesetze so gehalten sein muss, dass es, unter angenommenen anderen machtpolitischen Voraussetzungen, auch ohne weiteres auf den anderen Teil Deutschlands anwendbar sein müsste. Westdeutschland hat zunächst in seinem Bereich die notwendige Arbeit zu leisten, die auf die eigenen Bedürfnisse abgestellt sein muss. Aber in der Anlage und im Prinzip wird diese Tätigkeit immer von der Voraussetzung auszugehen haben, dass eines Tages diese Grundauffassungen auch für den ^{Teil} Deutschlands, der heute noch draussen steht, Geltung haben müssen, auch wenn von dieser Voraussetzung nicht in jedem Einzelfall ausdrücklich gesprochen zu werden braucht.

Aber nicht nur regional, auch substantiell ist das Bonner Parlament ein Torso. Von der Verkündung der Londoner Empfehlungen bis zum Erlass von Ruhr- und Besatzungsstatut hat eine weitgehende Souveränitätsbeschränkung wie ein dunkler Schatten über der Entwicklung des jungen Staatsgebildes gelegen, dessen wichtigstes Organ der Bundestag sein wird. Seine Mitglieder werden sich nicht als freie Vertreter eines freien Volkes fühlen können, wenn sie sich nicht im illusionären Raum einer Wunschvorstellung bewegen wollen. Denn Deutschland ist nicht nur gespalten, es ist auch ein von fremden Mächten beherrschtes Land, das weder politisch, noch wirtschaftlich autonom ist. Der westdeutsche Teil wird eine Regierung erhalten, die diesen Namen gewiss mit erheblich mehr Berechtigung tragen kann, als das bei den Regierungen der einzelnen Länder der Fall ist, aber es wird trotz echt gewähltem Parlament keine echte Regierung im Sinne unserer altgewohnten Vorstellung von dem Inhalt dieses Begriffes sein.

Vielleicht erscheint die ausdrückliche Feststellung der beschränkten Wirkungsmöglichkeiten der Organe des westdeutschen Bundes im Augenblick ihrer Konstituierung wenig angebracht, weil dadurch - so könnte man meinen - ihr Ansehen geschmälert wird, während es doch so entscheidend darauf ankommt, es zu stärken. An dieser Stärkung soll und wird auch mit aller Kraft gearbeitet werden. Aber wie immer würde es auch in diesem Falle unvernünftig sein, von einer falschen

5. September 1949

Vorstellung von der Wirklichkeit auszugehen. Freilich - gemessen an dem Grad von politischer Unselbständigkeit, der in Ostdeutschland herrscht, wird Westdeutschland über eine sehr weitgehende Selbstbestimmungsmöglichkeit und die Fähigkeit zu mancher eigenen politischen Entscheidung verfügen. Schon um dieses grossen Vorteiles willen war die mühevollen Arbeit an der Schaffung einer westdeutschen Bundesgewalt eine unbedingte Notwendigkeit. Ihr Erfolg ist, wenn nicht mit Begeisterung, so doch mit Genugtuung zu begrüssen.

Peter Raunau

= = = = =

Alterspräsident Löbe

(sp) Paul Löbe wird als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Westdeutschen Bundestages eröffnen. Dass gerade er dieses hohe, wenn auch kurzlebige Amt ausübt, dünkt uns ein gutes Omen. Paul Löbe ist sicher in Deutschland die Persönlichkeit mit der weitaus grössten parlamentarischen Erfahrung. Er war der Reichspräsident der Weimarer Zeit, durch sein ausgeglichenes und ausgleichendes Wesen, sowie die vollkommene Beherrschung der Parlamentstechnik war er in ruhigen und stürmischen Tagen ein Verhandlungsleiter von beispielhafter Überparteilichkeit, der es bei aller Geduld, die er aufbrachte, dennoch verstand, sich auch in schwierigsten Situationen durchzusetzen. Diese Eigenschaften haben damals alle Parteien anerkannt, wenn auch einige höchst widerwillig. Es wäre zu wünschen, dass das schwierige und verantwortungsvolle Amt des Bundestagspräsidenten für die Dauer in die Hände eines Mannes von gleicher oder ähnlicher Ausgewogenheit des Urteils und menschlicher Untadeligkeit gelegt würde.

Angst vor rechts

(sp) In Bonn ist ein Streit um die "Mittelplätze" entstanden. Niemand wünscht, zumindest äusserlich, allzu weit rechts placiert zu werden - vielleicht bis auf die Deutsche Rechtspartei, die sich solcher Platzzuweisung schon wegen ihres Namens nicht gut widersetzen könnte.

Uns scheint die hier zu Tage getretene Tendenz bemerkenswert. Immer wieder hat man sagen hören, die Begriffe "rechts" und "links" für die Fixierung eines bestimmten politischen Standortes seien überholt. Das schien uns nie besonders einleuchtend, denn es ist ja auch heute - sehr vorsichtig ausgedrückt - so, dass "rechts" die geringere und "links" die grössere Bereitschaft zu sozialer Ehrlichkeit, dass "links" die geringere und "rechts" die zugleich grössere Anfälligkeit für nationalistisches Denken bedeutet. (Die KP scheidet aus dieser kurzen Betrachtung aus, weil sie im Grunde nicht nach Maßstäben gemessen werden kann, die für deutsche Parteien gelten.) Das Odium einer sehr betont nationalistischen Denkungsart würden die rechts oder in der rechten Mitte stehenden Gruppen vielleicht ganz gern auf sich nehmen. Sie halten es heute kaum mehr für eine Belastung, eher für einen Vorzug. Aber eine sozusagen erklärte sozialfeindliche Gesinnung, die nun einmal - man mag sagen, was man will - in der Tradition des deutschen Parlamentarismus auf den rechten Bänken ihre Heimat hatte, will man sich nicht schon durch die Zuweisung von Plätzen auf diesen Bänken beschheimigen lassen.

Man könnte sich darüber freuen, wenn hinter dieser Angst vor rechts ein echter Gesinnungswandel stünde. Dafür gibt es leider keine überzeugenden Anhaltspunkte. So bleibt nur die bedauerliche Annahme, dass wieder einmal nur eine Gesinnung getarnt werden soll, deren allzu offenkundiges Sichtbarwerden man mit gutem Grunde scheut.

-u

Die Konferenz von Washington

Vorzeitige Wahlen als möglicher Ausweg

London - Anfang September. Sechs Wochen harter Arbeit warten in Washington auf Sir Stafford Cripps und Ernest Bevin. Ihre Hauptaufgabe wird sein, der amerikanischen Regierung zu beweisen, dass die Dollarkrise nicht auf die sozialistische Regierung in England zurückzuführen, sondern dass im Gegenteil die Produktion in England seit 1938 bedeutend gestiegen ist.

Eine heftige anti-sozialistische und anti-englische Kampagne grosser amerikanischer Zeitungen wurde in London anfangs von den Konservativen mit grösster Befriedigung aufgenommen, aber nach einiger Zeit ging dieser Feldzug sogar diesen Kreisen zu weit. So erklärte das gemässigt konservative Sonntagsblatt "Observer", die Kohlenproduktion wäre niemals so gestiegen, wenn die Bergwerke nicht nationalisiert worden wären. Der "Observer" schloss seinen ausführlichen Verteidigungsartikel für die Regierung mit den besten Wünschen für Sir Stafford Cripps und seine erfolgreiche Konferenzteilnahme.

Wenn die amerikanische Presse mit ihrer Kampagne gegen England gehofft hatte, die Autorität der Regierung in England zu unterminieren, dann hat sie sich gründlich geirrt. Das englische Volk ist erbittert und erinnert sich daran, dass es genau dieselbe Presse war - es handelt sich dabei hauptsächlich um die grossen Konzerne Hearst und Howard - die England am Anfang des Krieges angriffen und darauf bestanden hatten, dass Amerika sich nicht in einen solchen Krieg einmischen sollte. Als Amerika dann im Kriege war, griffen dieselben Zeitungen Roosevelt an und nannten ihn einen Bolschewisten und eine Gefahr für Amerika.

Auch Truman hat nicht vergessen, dass er seinerzeit von dieser Presse aufs heftigste bekämpft worden ist. Seine kürzliche Erklärung, er erwarte eine erfolgreiche Lösung der englischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und sein Versprechen, sich in keiner Weise in die innenpolitischen Probleme Englands einzumischen, wurde überall in England begrüsst. Auch Hoffmans Pressekonferenz, in der er erklärte, die englische Produktionsleistung sei heute höher als vor dem Kriege, die entstandenen Schwierigkeiten seien durchaus nicht auf Massnahmen der sozialistischen Regierung zurückzuführen, wurden hier als eine gute Eröffnung für die Washington-Konferenz gewertet.

Obwohl die Sitzungen der britischen Regierung, die sich mit diesen Fragen befassten, grosses öffentliches Interesse fanden, weiss man im Grunde wenig darüber, was eigentlich entschieden worden ist. Es gibt natürlich viele Hypothesen, darunter die Möglichkeit der

Entwertung des Pfundes, die Diskussion über die Klausel des Lend- and Lease-Faktes, in der bestimmt wurde, dass England nur

dann ausserhalb der Dollarzone kaufen kann, wenn es dieselben Waren nicht in Amerika findet. Diese Klausel hat in England in

allen Kreisen sehr viel Erbitterung verursacht und es unmöglich gemacht, eine Menge Güter in seinem Imperium zu kaufen. Man hofft,

dass die Amerikaner diese Bestimmung künftig grosszügiger interpretieren werden.

Über die amerikanischen Pläne weisst man überhaupt nichts Bestimmtes. Nur eines ist ziemlich sicher: Man erwartet keine end-

gültigen Ergebnisses aus den Beratungen der nächsten Wochen. Wahrscheinlich wird zunächst nichts anderes herauskommen, als die Über-

weisung der eigentlichen Schwierigkeiten und der Arbeit an einen Sachverständigen-Ausschuss; vielleicht nach einer mehr platonischen

Versicherung einer grundsätzlichen Annäherung der Standpunkte.

Sollten die Washingtoner Besprechungen aber vollkommen versagen, so ist es durchaus möglich, dass die sozialistische Regierung

in England dann an das Volk appellieren und vorzeitige Wahlen beantragen wird. Ob die Konservativen von einer solchen Situation

profitieren können, erscheint ihnen selbst sehr fraglich.

E. Underhill

Labour antwortet mit Tatsachen

(sp) Die Labour Party hat soeben eine Broschüre herausgebracht, durch die die "Tories-Lügen" über die angeblich zu langsame wirtschaftliche Erholung Englands durch Tatsachen widerlegt werden. Winston Churchill hatte bei seiner Rede in Wolverhampton vor allem auf die rasche Gesundung Hollands, Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, Norwegens und Dänemarks hingewiesen, gegen die der wirtschaftliche Gesundungsprozess im Labour-regierten England sich nur im Schneckentempo vollziehe.

In Wirklichkeit aber beliefen sich die Produktionsziffern 1948, so stellt die Broschüre fest, in den verschiedenen Ländern, wenn

5. September 1949

die Leistung von 1938 mit 100 angenommen wird, wie folgt: In Holland auf 112, in Belgien auf 115, in Frankreich auf 108, in Norwegen auf 118 und in dem Vereinigten Königreich auf 121. "Das einzige Land, das Englands Produktionsziffer übertraf, war Dänemark mit 130. Aber Dänemarks Anteil an der industriellen Produktion Gesamteuropas beträgt nur 1,5 Prozent gegenüber 28,7 Prozent Englands."

Die Broschüre weist weiter darauf hin, dass England nach dem ersten Weltkrieg, als es von einer Tory-Regierung geleitet wurde, sich am langsamsten erholte, während es 1948 das Tempo für alle anderen Nationen anschlug. (m/B52/1/he)

Trotz Hoffmann kein Saar-Verzicht

(sp) Wer wolle wirklich ernsthaft behaupten, dass die Saar kein deutsches Land sei, fragte dieser Tage die Pariser Zeitung "Combat". Die Antwort hat der Zeitung kein anderer gegeben, als der derzeit amtierende französische Außenminister Schuman. Leider war die Antwort negativ. Schuman hat den saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann ermuntert, ein Memorandum zu veröffentlichen, in dem die "volle und endgültige politische Autonomie" des Saarlandes als "einzig mögliche staatsrechtliche Lösung" verlangt wird.

Das Memorandum Hoffmanns wurde in dem Augenblick veröffentlicht, da in Strassburg gegen eine baldige Aufnahme Deutschlands in den Europarat kein ernster Widerstand mehr zu erwarten war. Diese Stimmung lag wahrscheinlich nicht im Sinne Schumans und er hat sich deshalb bewegt gefühlt, neues Öl in das kaum gedämpfte Feuer zu giessen. Ministerpräsident Hoffmann hat daraufhin seine Rolle gehorsam gespielt. Ob er auch im Sinne der Saarländer gesprochen hat, wollen wir bezweifeln.

Hoffmann beruft sich auf die "Volksabstimmung" vom Oktober 1947. Es ist inzwischen klar geworden, wie unecht, unwahr und verzerrt diese Volksbefragung war. Am meisten unwahr war dabei der Zeitpunkt. Man war nach dem ersten Weltkrieg käuflich und hat mit der Saarabstimmung

siebzehn Jahre gewartet. Diesmal hat man dem Saarvolk die entscheidende Frage - verklausuliert und nicht ohne Verzicht auf eine verhüllte Täuschung - bereits zwei Jahre nach Kriegsschluss gestellt, im Oktober 1947, zu einer Zeit des tiefsten Tiefstandes der deutschen Nachkriegsverhältnisse. Wir können auch dafür einen französischen Kronzeugen zitieren, die oben erwähnte Zeitung "Combat": "Die Saarbevölkerung hat damals offenbar nicht an die Lösung weitreichender politischer Fragen, sondern zunächst einmal daran gedacht, wie sie in der Zeit der allgemeinen Verelendung wieder einmal satt werden könnte."

Deutlicher könnte es Schumann auch eine deutsche Stelle nicht sagen. Man könnte noch hinzufügen, dass das Volk der Dänen, dem sich in Südschleswig eine ähnliche Chance geboten hatte, ein grösseres Mass an politischer Weisheit an den Tag gelegt hat. Die Dänen wollten keine "Speckdänen" haben, die Franzosen aber legten Wert auf "Speck-Saarländer". Dafür stehen sie heute vor der unangenehmen Tatsache, dass die Stimmung im Saarland sich im Ablauf von zwei Jahren schon gewandelt hat. Wenn sich Hoffmann trotzdem noch auf dieses zweifelhafte Votum beruft und nun daraus möglichst rasch staatsrechtliche Fakten schaffen will, dann nur deshalb, weil er spürt, wie ihm der Gewinn vom Oktober 1947 immer mehr in der Hand zerrinnt.

Auch für Ausserminister Schuman scheint die Verknüpfung der Saarfrage mit der Aufnahme Deutschlands in den Europarat die letzte Gelegenheit zu sein, im Saarland ein fait accompli zu starten. Er spekuliert dabei mit der Stärke des deutschen Wunsches, an der langsam zustandekommenden europäischen Gemeinschaft teilzunehmen. Schumanns Haltung ist umso bedauerlicher, als er mit anderen Massnahmen seit seinem Einzug in den Quai d'Orsay einen versöhnlicheren Geist geäussert hat als seine Vorgänger. Aber das alles kann Deutschland nicht dazu bringen, auf die Saar zu verzichten. Auch dann nicht, wenn uns Herr Schumann deshalb böse sein sollte.

Die Aufgabe des 3. Gewerkschaftskongresses

(sp) Die Formung der Gewerkschaften seit 1945 ist in ständigem Fluss. Sie haben sich parallel zur politischen Entwicklung aus der Orts- über die Kreis- und Landesebene bis zur Zonengewerkschaft gebildet. Der jetzige 3. Gewerkschaftskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Zone hat die Aufgabe, die Vorbereitung zu einer grösseren Gemeinschaft im Rahmen des westdeutschen Bundesgebietes zum Abschluss zu bringen. Dem Zusammenschluss der Gewerkschaftsbünde, der im Oktober in München vollzogen werden wird, ist die Vereinigung von 14 Industrie- und Fachgewerkschaften vorausgegangen. Auch die beiden Gewerkschaften "Erziehung und Wissenschaft" und der "Kulturschaffenden" haben ihre Vorbereitungen zur Verbindung über das Bundesgebiet beendet. Die Tagungstermine liegen bereits fest.

Der kommende Gewerkschaftsbund wird 16 Einzelgewerkschaften umfassen, die insgesamt fünf Millionen Mitglieder vertreten. Während auch im neuen Gewerkschaftsbund die Vertretung der arbeitsrechtlichen, betrieblichen und beruflichen Interessen, sowie die Tarifgestaltung den einzelnen Gewerkschaften überlassen bleibt, wird der Bund sich den allen Gewerkschaften gemeinsamen Interessen widmen, insbesondere der Vorbereitung von Gesetzen.

Die Vereinigung der Gewerkschaften zu einem Westdeutschen Gewerkschaftsbund, von dem die ostzonalen Gewerkschaften wegen ihrer Entwicklung zu un-demokratisch-autoritären Staatsorganisationen ausgeschlossen bleiben, vollzieht sich nicht nur aus Gründen der Parallelität zur vorliegenden politischen Entwicklung. Sie ist auch eine rechtliche Notwendigkeit, um die formalrechtlichen Voraussetzungen für die Eigentumsübertragung des früheren Gewerkschaftsvermögens aus der Verwaltung der Besatzungsmächte zu ermöglichen.

Als Gäste des Kongresses werden Vertreter aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und der Schweiz erwartet. (m/3/59/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunan